Polnische Blätter

Zeitschrift für Politik, Kultur und soziales Leben

Erscheint am 1., 10. u. 20. jeden Monats.

Heft 48. VI. BAND 20. Januar 1917.

INHALT:

Einzelpreis: 40 Pf. — Vierteljährlich: M. 3,50.

Verlag der „Polnischen Blätter"
Berlin-Charlottenburg, Schlüterstr. 28.

Die Polnischen Blätter

erscheinen am 1., 10. u. 20. jeden Monats

Bezugspreis (bei der Post und beim Verlag):

vierteljährlich: M. 3,50. — Einzelheft: 40 Pfennig.

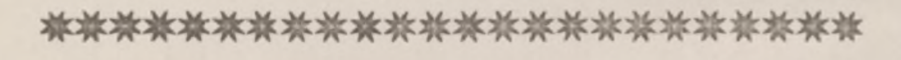
Insertionspreis: 1/1 S. 50 M. 1/2 S. 25 M.

Alle **redaktionellen** Sendungen sind zu richten:

W. Feldman, Berlin-Charlottenburg, Schlüterstr. 28

Fernspr.: Steinplatz 9923.

Unverlangten Manuskripten ist Rückporto beizufügen.



Nr. 48. 20. Januar 1917.

POLNISCHE BLÄTTER

Aufruf des prov. Polnischen Staatsrats.

Polen!

Durch eine gütige Fügung der Vorsehung ist es dem polnischen Volke vergönnt, das Ziel zu erreichen, welches die niemals aufhörenden opferreichen Anstrengungen einer ganzen Reihe der früheren Geschlechter vergebens erstrebt haben. Zum Wiederaufbau eines eigenen unabhängigen Reiches ist heute die polnische Nation berufen und kann diesen Bau errichten durch mächtige Anspannung aller ihrer Kräfte, durch Opferwilligkeit und Mut, durch ausdauernde und einträchtige Arbeit, durch Pflichttreue und Manneszucht, welche alle persönlichen Rücksichten im Keime ersticken.

Durch den ewig denkwürdigen Akt vom 5. November 1916 haben die Monarchen des Deutschen Reiches und Oesterreich-Ungarns die Unabhängigkeit des polnischen Reiches proklamiert und verbürgt.

Die Wiederbelebung dieses Reiches, sein wirklicher Aufbau, die tatsächliche Ausdehnung des in diesem Akte verkündeten unabhängigen Staatswesens auf die Russland entrissenen, nach Polen gravitierenden Länder — dies ist die grosse weltgeschichtliche Aufgabe unseres Volkes.

Bevor eine nationale Vertretung aus den Wahlen hervorgehen, bevor die oberste Gewalt der polnische König übernehmen wird, ist zum Zwecke der Bildung des polnischen Reiches der provisorische Staatsrat berufen worden. Derselbe erscheint vor der Nation in vollem Bewusstsein der auf sich genommenen Verantwortlichkeit, mit vollem Verständnis für die grossen Aufgaben, die ihm zu lösen obliegen.

Das Bestreben des Staatsrates wird gerichtet sein auf eine möglichst baldige Vorbereitung eines gesetzgebenden

Landtages sowie auf Ausarbeitung einer verfassungsmässigen Einrichtung des Reiches, die den Bedürfnissen der Neuzeit entspricht und aufgebaut ist auf der Grundlage der Gleichberechtigung aller Bürger. Bei Bildung der Form dieser Ausgestaltung wird sich der Staatsrat von dem Gedanken an die Notwendigkeit der Schaffung einer starken, heimischen staatlichen Obrigkeit in Polen leiten lassen, die sich auf die tätige Mitwirkung der breiten Volksmassen stützt. Die Schaffung einer zahlreichen, schlagfertigen und wohldisziplinierten polnischen Armee, die treu unseren grossen ritterlichen Traditionen den alten Ruhm des polnischen Schwertes wiedererwecken wird, ist für uns eine freudige und dringende Notwendigkeit. Wir sind uns nämlich dessen bewusst, dass eine solche Armee die erste Bedingung für ein unabhängiges Staatswesen darstellt. Sie wird zur Erlangung der dem polnischen Reiche notwendigen, möglichst ausgedehnten Grenzen beitragen und wird zur Handhabe des Ansehens dieses Reiches werden.

Da die Anordnung der allgemeinen Wehrpflicht gegenwärtig noch nicht getroffen werden kann, wird sich die Heeresorganisation auf freiwillige Werbung stützen, für die unsere heldenmütigen Legionen eigene, bereits fertige Kaders bilden. Gleichzeitig wird der Staatsrat an die Arbeit der Organisierung des polnischen Heeresschatzes und sämtlicher Zweige der Landesverwaltung herantreten, ferner wird er bestrebt sein, einzelne Teile des öffentlichen Dienstes zu übernehmen.

Seine besondere bedeutsame Aufgabe erblickt der Staatsrat in der Bezeichnung und Anwendung wirksamer Mittel zur wirtschaftlichen Belebung des Landes, zur Inbetriebsetzung der Industrie und zum Beginne des Wiederaufbaues der vernichteten Wohn- und Arbeitsstätten, indem er vor allem die Bedürfnisse des arbeitenden Volkes, den Aufschwung seiner geistigen und materiellen Kultur berücksichtigt.

Die Erfüllung der grossen Aufgaben des gegenwärtigen Augenblickes erfordert von der Volksgemeinschaft entsprechend grosse Opfer. Der Staatsrat wird bemüht sein, die Lasten und Unzuträglichkeiten, die der Kriegszustand zur Folge hat, nach Möglichkeit zu mildern. Immerhin muss man die Notwendigkeit voraussehen, noch weitere, hierfür unentbehrliche

Opfer und Lasten zu tragen, damit der Krieg für Polen günstig verlaufe, und darauf müssen alle Bürger gefasst sein. Mögen sie auch darauf vorbereitet sein, dass der Staatsrat bei seiner Tätigkeit mit vielen Schwierigkeiten wird zu kämpfen haben, und dass die Früchte seiner Arbeit nicht allein von ihm abhängen werden.

Die Arbeit des Staatsrats wird um so günstigere Ergebnisse erzielen, einer je grösseren Unterstützung und Mitwirkung der Nation er sich erfreuen wird. Zu dieser Mitwirkung fordern wir auf, indem wir gleichzeitig feststellen, dass wir nicht eine beliebige politische Organisation sind, die dieser oder jener Lösung dient, sondern dass wir das polnische Staatswesen vertreten und eine mit Regierungsbefugnissen ausgestattete Körperschaft bilden, die alle Staatsbürger gleich behandeln und von allen auch gleichen Gehorsam für sich beanspruchen wird.

Aller Söhne bedarf das Vaterland heute und keinem ist es gestattet, sich dem Dienste für dasselbe zu entziehen.

Warschau, den 16. Januar 1917.

* *
*

Zum Aufruf des Polnischen Staatsrates.

Der Aufruf des Provisorischen Staatsrates in Warschau ist ein historisches Dokument ersten Ranges.

Zum ersten Male seit 1831 wendet sich eine nicht russische, aber auch nicht geheime, sondern eine öffentlich-rechtliche polnische Vertretung Kongress-Polens an sämtliche Landeskinder und zugleich an Europa.

Das Polentum, von einem unfreiwilligen, langjährigen Schlummer erwacht, hat sein Wort gesprochen.

Die Ideale und die Ideen eines Volkes kommen hiermit zum Ausdruck.

Sie zerfallen naturgemäss in zwei Teile: in ein prinzipielles, allgemein-staatliches, und in ein aktuelles, von den Forderungen des Tages getragenes Programm.

D e r W i l l e z u r s t a a t l i c h e n U n a b h ä n g i g k e i t, den eine Reihe von Generationen mit ihrem Blut besiegelt, und dem zwei grosse verbündete und

Polen befreundete Herrscher ihre unbezwingbare Hilfe leisten, dieser Staatswille ist das erste Programmwort der Vertretung Polens. Somit wird gleichzeitig eine unüberbrückbare Kluft gegraben zwischen Polen und denjenigen, die Gegner seiner staatlichen Unabhängigkeit sind.

Um seine Aufgabe sich selber, ferner den mitteleuropäischen Verbündeten und der allgemeinen Kultur gegenüber erfüllen zu können, muss der Polnische Staat entsprechend gross und leistungsfähig sein.

Diese Ausdehnung kann nur in der Richtung der dem russischen Feinde entrissenen Länder gehen. Es ist aber nicht die Idee eines raubsüchtigen Imperialismus, die hierin sich äussert. Auch nicht historische Ueberlieferungen allein sollen den polnischen Wunsch nach der Besitznahme eines Teiles der einst der Republik angehörigen Länder rechtfertigen. Der Aufruf erhebt Anspruch auf die nach Polen gravitierenden Länder. Von Gewalt und von Zwang kann also keine Rede sein. Die Polen möchten ihre Brüder wiedergewinnen, die ihnen die russische Ländergier und Habsucht entrissen hat. Nach dem Osten hat Polen Jahrhunderte lang die westeuropäische Kultur, die katholische Religion. und mit elementarer Kraft, ohne jedwede Zwangsmassregel, auch die polnische Sprache getragen. Wo diese geistige Gemeinschaft besteht, soll sie auch in den gemeinschaftlichen Verband kommen. Jedes Stück Land, jeder Volkssplitter, dem russischen Zarenreich abgerungen, ist ein Gewinn für Zentraleuropa, und das aus der Knechtschaft befreite Polen wird es verstehen, von Knechtschaft zu befreien.

Auf demokratischer Grundlage will Polen seine Staatlichkeit ausgestalten. Eine den Bedürfnissen der Neuzeit entsprechende Verfassung und Gleichberechtigung aller Bürger verspricht der Aufruf. Für einen Europäer klingt das fast wie eine Selbstverständlichkeit. Man muss aber bedenken, dass hier von dem russischen Reiche entrissenen Ländern und an

dieselben die Rede ist. In Kongress-Polen hatte die Regierung Wielopolski's im Jahre 1862 die vollständige Gleichberechtigung eingeführt und doch haben es die Russen verstanden, sie in der Praxis zu beseitigen. In den anderen Ländern der ehemaligen Republik herrschte ja bis nun eine Standesverfassung. In einem russischen Reisepass ist immer die Bezeichnung zu lesen: X. X. Edelmann, Bürgerlicher oder Bauer, und sehr oft begegnet man einem mit der feinsten Bildung ausgestatteten Herrn, der offiziell als Bauer bezeichnet wird, da er diesem Stande bis nun angehörte. Dementsprechend sind auch Vorrechte und Pflichten verteilt. Nach dem, was wir über Russland lesen, kann es noch ein halbes Jahrhundert dauern, bevor eine moderne Verfassung aus den Wirren hervortaucht. Polen war einst das freieste Land Europas. Nun soll die Freiheit für alle gelten, mit denjenigen Beschränkungen, die sich die gleichberechtigten Bürger selber auferlegen.

Das ist keine Phrase. Die Wahlordnung für den Gemeinderat Warschaus, die die Polen selber ausgearbeitet haben, oder ihre Stellung zum ersten Entwurfe der Wahlordnung für den Landtag, sind dokumentarische Beweise, dass in Polen die demokratischen Ideen vorherrschend sind. Der Staatsrat, in dem neben Fürsten auch Bauern, in ihrem Bauernkittel, und Arbeiter sitzen, beweist, wie ernst diese Ideen verfolgt werden.

Da der Polenstaat ein Kriegskind ist, muss für die Fortführung des Krieges bis zum Siege gesorgt werden. Schon jetzt finden wir im Aufruf, dass nicht die Schutzmächte, sondern die Polen eine Armee gegen Russland aufzustellen bereit sind. Im polnischen Interesse soll ein günstiger Verlauf des Krieges erzielt werden, die polnische Armee soll also in nächster Zeit auf dem Kriegsplatz erscheinen.

Die Armeefrage führt uns auf das Gebiet des nächstliegenden praktischen Gegenwarts-Programms. Die Sicherung der finanziellen Mittel, die Belebung der lahmgelegten Industrie,

Höherentwicklung der arbeitenden Klassen, deren Vertreter jetzt schon an der gemeinsamen Arbeit beteiligt sind, sind Programmpunkte, die dringende, von modernen, sozialen Ideen getragene Arbeit erheischen. Der Staatsrat will sie anbahnen und mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln fördern, ist sich aber dessen bewusst, dass er nur die Unterlagen vorbereiten muss für eine Körperschaft, die sobald wie möglich, ins Leben berufen werden soll. Ist doch die Vorbereitung der Wahlordnung zu diesem Landtag eine der Hauptaufgaben des Staatsrates. Dass diese Wahlordnung demokratisch sein wird, dafür bürgt uns der Geist des gegenwärtigen Aufrufes und die beträchtliche Zahl der demokratischen und radikalen Elemente, die dem Staatsrate angehören.

Kurz, entschlossen und inhaltsreich ist der erste Aufruf des Provisorischen Polnischen Staatsrates. Der Tragweite seiner Aufgabe und der Schwierigkeit der Lage bewusst, ist er weit davon entfernt, mit leichtfertigen Worten das Volk gewinnen zu wollen. Männlich und verantwortungsvoll ist seine Rede. Er verlangt Selbstzucht und patriotische Opferwilligkeit. Er appelliert an die ritterlichen Tugenden der Vergangenheit und an die harten Pflichten gegenüber der Zukunft. Es ist die Rede der Vertretung eines Volkes, das in den schweren Prüfungen der verflossenen Zeit viel vergessen und viel gelernt hat. Es ist der Wille zum politischen Zusammenarbeiten mit den grossherzigen Befreiern und zum Aufsteigen durch eigene Kraft und durch eigene Arbeit.

Und so wird nicht nur jeder Pole, sondern auch jedermann, der zu Mitteleuropa hält, jeder Freund der Kultur und der Freiheit, den ersten Aufruf des Polnischen Staatsrates mit dem Wunsche beantworten: Möge der unabhängige Polnische Staat immerdar wachsen, gedeihen und blühen; „für unsere und für Eure Freiheit!“ wie es die alte Losung Polens war.

Polen und die Entente.

Einige Tage nach Ueberreichung der Ententenote an Wilson, die das Schicksal Polens auf Gnade und Ungnade dem russischen Zaren ausliefert, wurde von den Zentralmächten, behufs Verwirklichung des Polnischen Staates, ein Polnischer Staatsrat in Warschau eingesetzt. Dieser Gegensatz zwischen der Haltung der Entente und der Zentralmächte ist so schlagend, dass er in ganz Polen den grössten Eindruck macht und auch die letzten Mochikaner der alten polnischen Franzosenfreundlichkeit zur Besinnung bringen wird. „Zynisch" nennt ein Warschauer Tageblatt die Ententenote; das ist auch die einzige Bezeichnung, die ihr seitens eines Polen zukommt ..

Die polnisch-französische Legende ist seit Jahren im Absterben. Herrlich war diese Legende, wer würde das leugnen! Unter dem Donner und Gemetzel der französischen Revolution geboren, unter den siegreichen Fahnen des Napoleonischen Triumphzuges durch ganz Europa grossgeworden, hat sie fast ein Jahrhundert lang in den polnischen Herzen fortgelebt, mit aller Poesie grosser Erlebnisse, mit den tiefsten Hoffnungen und Träumen der polnischen Nation durchtränkt. Was war der eigentliche Inhalt dieser Legende? Der Glaube, dass Frankreich die Unabhängigkeit Polens wieder aufrichten wird. Gewiss haben noch andere Motive zu dieser Legende beigetragen; jedermann von uns schwärmte seinerzeit für die von einem ehemaligen Frankreich proklamierten Menschenrechte und für die französische Kultur; diese Motive verschwanden aber hinter dem hauptsächlichsten, nämlich dass Frankreich der geborene Beschützer der Unabhängigkeit Polens sei. In diesem Glauben wurden ganze polnische Generationen durch Frankreich befestigt. Ein ganzes Jahrhundert lang stimmte Frankreich mit Polen darin überein, dass die russische Herrschaft in Polen ausgerottet werden müsse; ein ganzes Jahrhundert lang hat Frankreich seine Sympathien und mehrmals auch seine Mithilfe

dem gegen Russland kämpfenden Polen erwiesen. Schon vor der ersten Teilung Polens, als die Konföderation von Bar sich gegen den russischen „Vormund“ Polens erhob, wurde ihr eine beträchtliche Hilfe seitens Frankreich zuteil; die Ruhmesblätter der Polnischen Legionen am Ende des 18. und Beginn des 19. Jahrhunderts wurden mit Hilfe Frankreichs geschrieben, und Napoleon I. wurde zum Abgott der Polen, als er sie nach Moskau führte. Die polnische Emigration nach 1831 durchlebte all die grossartigen Träume, die die Freiheitskämpfe des Jahres 1848 zur Folge hatten; die Idee der Befreiuug Polens von der russischen Herrschaft übernahm, als ein Vermächtnis seines grossen Onkels, Napoleon der Kleine und verhalf den polnischen Emigranten im Jahre 1855 zur Organisierung einer polnischen Legion in Konstantinopel gegen Russland, und verschuldete im Jahre 1863 mit seinem Worte „durez!“, das er den Aufständischen zuwarf, das Vergiessen von Strömen polnischen Blutes. Die Unabhängigkeit Polens ist der Inhalt der polnisch-französischen Legende; gegen Russland war ihre Spitze gerichtet; sie musste daher erblassen, als nach 1870 die phrygische Mütze sich allmählich vor der russischen Papacha zu bücken begann.

Vor einem Jahrzehnte begann man diese Legende mit einem komplizierteren Inhalt und mit einer anderen Spitze auszustatten. Manche Politiker begannen zu glauben, dass Frankreich dazu beitragen würde, die Freiheit Polens, sei es auch gegen die Zentralmächte, zu erlangen. Klar und folgerichtig war diese Idee nie. Sie trug in sich auch die Keime der Zersetzung; stand sie doch vor dem Dilemma, dass die wahre Freiheit Polens nur auf den Trümmern der Herrschaft Russlands, des Verbündeten der Republik, erlangt werden kann. Die Lage war aber so traurig, die Polenfrage war überall so ganz totgeschwiegen, dass für die Resignierten, für die Opportunisten, auch eine Autonomie Polens eine grosse Errungenschaft wäre. Der kommende Weltkrieg versprach ihnen noch mehr. Das führte

einen Teil der polnischen Gesellschaft zur sogenannten Koalitionsorientierung, zum Glauben, dass die Ententemächte Russland ein autonomes. grosses Polen abverlangen werden.

Dies Programm hatte noch einen Schein von Berechtigung, solange Russland noch Herr von Polen war. Nun aber hat sich das Blatt der Weltgeschichte gewendet. Die kriegerische Hand der Zentralmächte hat auf der Karte Polens ein Finis Russiae geschrieben; die diplomatische Hand derselben Sieger schrieb dazu: Resurectio Poloniae. Und in diesem Zeitpunkt kommen die kleinen Enkel der grossen Väter der Republik mit ihrer Absicht. Polen dem russischen Zaren zu unterordnen.

Wir entrüsten uns nicht. Wir verstehen sogar, dass ein von der Kriegspsychose befangener Franzose ein im Grunde genommen ihm fremdes Land, von dessen Leidensgeschichte er wenig weiss, dem Bundesgenossen unterordnen möchte. Wir müssen aber dieser Idee mit demselben Gefühle gegenüberstehen, wie es ein Engländer oder ein Franzose, oder ein Italiener tun würde, sollte man ihnen den Vorschlag machen, s e i n Vaterland in ein Anhängsel Russlands zu verwandeln. So und nicht anders steht die Sache für jeden freiheitsliebenden Polen. Seit dem Momente, als die Zentralmächte den Polen die staatliche Unabhängigkeit nicht nur versprachen, sondern auch zu verwirklichen begannen, gibt es für Polen keine Wahl mehr. Das erkennen auch diejenigen Polen, die bis nun von den französich-russischen Ideen befangen waren. Von Tag zu Tag erweitert sich die Kluft zwischen Polen und den Ententemächten. Jeder Tag bringt Beweise dafür, dass auch die als letzte Mohikaner bezeichneten Anhänger der Ententeorientierung, insofern sie polnische Patrioten sind, das ist die staatliche Unabhängigkeit ihres Vaterlandes wünschen, sich vom alten Wahn losreissen. Denn für einen polnischen Patrioten ist nur der Inhalt der alten heroischen Legende, d. h. die Freiheit des Vaterlandes von Wert, nicht aber der

Schein. Die letzten Tage haben dafür sehr beredte Beispiele gebracht.

Ein schweizer-französisches Blatt veröffentlicht Berichte über eine Reihe von Unterredungen mit bekannten polnischen Persönlichkeiten. Das Hauptthema ist das, was gegenwärtig in ganz Polen auf der Tagesordnung steht: der Kampf zwischen den polnischen Aktivisten, die für eine Kriegserklärung des polnischen Staates an Russland sind, und den polnischen Neutralen, die sich noch hier und da dem Glauben hingeben, dass die Ententemächte dem Zaren die Unabhängigkeit Polens abringen werden. „Sagen Sie in Frankreich und in England“, meinte der Erzbischof von Warschau, Mgr. Kakowski, „dass wir alles getan haben, um die Ungeduld der Nation zurückzuhalten, um diese Kampfströmung gegen Russland einzuschränken, aber wenn die Entente uns nicht die Unabhängigkeit versprechen will, können wir uns dieser Strömung nicht mehr widersetzen, und nach und nach werden alle Parteien von dieser Strömung mitgerissen. Alsdann werden es nicht nur einige Tausend Freiwillige sein, sondern eine ungeheure Armee von einer Million Soldaten, Arbeitern und Krankenschwestern, die sich auf den Ruf eines polnischen Gouvernements organisieren kann. Was mich betrifft, so stimme ich mit dem Volk überein, das noch auf die Stimme des Himmels wartet und dessen Hoffnung unbesiegbar ist“.

Auch der Stadtpräsident von Warschau, Fürst Lubomirski gab eine ähnliche Erklärung, wie der Erzbischof, ab. „Ich finde es unklug“, erklärte er, „Russland den Krieg zu erklären, andererseits darf uns aber die Entente nicht für naiv halten. Das ganze Land verlangt die Unabhängigkeit. Man sollte das endlich verstehen. Wir lieben alle England und Frankreich und warten immer auf ein ermutigendes Wort von ihrer Seite. Die Antwort Russlands und seiner Verbündeten auf die österreichisch-deutsche Proklamation hat ihre besten Freunde hier enttäuscht. Man sagt dort zu leere Worte; inzwischen organisiert sich der polnische Staat und die

Geister wenden sich nach einer anderen Richtung. Was kann ich machen? Ich selbst bleibe persönlich treu dem Wort, das ich gegeben habe, um die Interessen der Stadt zu wahren, aber ich kann meine Freunde nicht daran hindern, eifriger als ich, für die Unabhängigkeit zu arbeiten. Im Gegenteil, ich ermutige sie dazu und finde es absolut notwendig, eifriger als ich für die Unabhängigkeit zu arbeiten.“

Das ist die Meinung von zwei hervorragenden Persönlichkeiten, die, obwohl sie nicht im aktivistischen Lager stehen, als Patrioten, Anhänger der Unabhängigkeit ihres Vaterlandes sind.

Aber auch unter den Hunderttausenden Polen, die sich in Russland befinden, ist in der letzten Zeit unter dem Einfluss der von den Zentralmächten geschaffenen Tatsachen und des gesteigerten Nationalbewusstseins, eine gründliche Wandlung eingetreten. Diese Wandlung kommt zum Ausdruck in einer Erklärung des Herrn Alexander Lednicki, des berühmten Redners der ersten Reichsduma und gegenwärtigen Obmannes der polnischen Fürsorgekomitees für ganz Russland, die er in dem von ihm herausgegebenen „Echo Polskie“, vom 24. Dezember v. J., veröffentlicht. Unter dem Titel: „Mea culpa“ schreibt Herr Lednicki: „Die polnische Gesellschaft war gleich zu Beginn des Krieges zu einem bedeutenden Teil hingerissen durch die vor ihr aufgezeichneten Perspektive der Vereinigung sämtlicher polnischer Länder. Dieser Parole wurde in einem hohen Grade das grundsätzliche nationale Ideal — das Streben nach Unabhängigkeit — untergeordnet; es handelte sich zuächst um eine sehr reale Sache, um die Aufhebung der die polnischen Länder trennenden Grenzen, und zu Gunsten dieses Gedankens wurde die obenerwähnte Konzession gemacht. In der Meinung, dass das, was eine ganze Reihe von Generationen verloren hat, eine Generation nicht wiedergewinnen kann, war auch ich der Ansicht, dass während des gegenwärtigen Krieges die Vereinigung der polnischen Länder eine Etappe in

der Entwicklung des polnischen Lebens bilden wird und dass die durch Russland, dessen rasche Erneuerung der wichtigste Gewinn dieses Krieges sein würde, versprochene Autonomie Polens, das einzige reale Ergebnis der auf dem Siege der Entente gestützten Vereinigung sein wird. Sowohl auf einer ganzen Reihe von Versammlungen in Moskau, wie auch in Warschau, wo ich im ersten Jahr des Krieges wiederholt geweilt habe, habe ich erklärt, dass es unvorsichtig wäre, Parolen aufzustellen, die für einen jeden rechtlichen Polen heilig sind und an Wert verlieren müssen, sobald sie sich nicht auf einen realen Boden stützen; unter gewissen Umständen können solche Parolen eine unerwünschte Verwirrung herbeiführen.

Die Wirklichkeit hat die Karten unserer Gedankenfolgen verändert. Bereits in meinem, in russischer Sprache, in Moskau, im März 1915 veröffentlichten Vortrag, ging ich vom Grundsatz der Unabhängigkeit aus, wenn ich auch dieses Wort damals noch nicht angewendet habe. Ich konnte dies allerdings ohne Gefahr tun, denn damals gab es noch keine Tendenz, die das Streben nach Unabhängigkeit als germanophil auslegte. Längeres Nachdenken über den Verlauf der Dinge bestärkte mich in dem Unabhängigkeitsstandpunkt. Die noch bis heute andauernde innere Krisis Russlands, das Tragische eines Zusammenlebens auf Grund mechanischer Unabhängigkeit, aber nicht auf Grund eines durch beiderseitige Interessen diktierten Bündnisses, die Besetzung Polens durch Deutschland. Die Wertung dieser Tatsache und die Würdigung des Strebens des polnischen Volkes durch die Entente-Presse in Frankreich und Italien, die Stimmen ernsthafter russischer Politiker, die unter der Einwirkung kriegerischer Ereignisse in der Richtung wirtschaftlicher Tendenzen und Konjunkturen eingetretenen Aenderungen, schliesslich die feste unzweideutige Stellungnahme des Landes und der in der Erklärung der Warschauer Stadtverwaltung kundgegebene Wille des Volkes — alles dies zeigte

mir im Endresultat den Weg, den ich zu beschreiten habe.“

So viel Herr Lednicki. Also ein typischer Entwicklungsgang. Von der Autonomie zu der Unabhängigkeitsidee.

Von Herrn Lednicki, der in Russland lebt, kann man Taten nicht verlangen; für uns aber bedeuten die Stimmen des Erzbischofs Kakowski, des Fürsten Lubomirski, des Herrn Lednicki und anderer eine Entwicklung von der Ententeorientierung zur unsrigen, das ist zu demjenigen polnischen Programm, das seine Zukunft im Anschluss des Polnischen Staates an die Zentralmächte sieht. Denn die Unabhängigkeit Polens lässt sich in der Anlehnung an Russland absolut nicht denken. Russland kann und wird nie die Unabhängigkeit Polens zugeben. Das beweist nicht nur die ganze Vergangenheit, sondern auch die politische Logik. Für Russland ist Polen notwendig als ein Ausfallstor gegen Deutschland und Europa, ferner als die einzige Möglichkeit, ein europäischer, nicht nur asiatischer Staat zu sein. Noch mehr, dem Wesen des russischen Staates muss die Unabhängigkeit Polens zuwider sein, denn sobald Russland sie zugibt, muss es auch mit der Zeit die Freiheit anderer, bis nun unterjochter Fremdstämme zugeben, und das bedeutet die Zersetzung des grossen Imperiums, in dem die eigentlichen Russen die Minorität bilden. Anders steht die Sache für die Zentralmächte; die Befürchtungen Russlands bedeuten für sie die Unentbehrlichkeit des Polnischen Staates.

Die Ententenote an Wilson ist eine Demaskierung ihrer Urheber. Das begrüssen wir als eine klare Tatsache, die in Polen ihr Licht auf die Anhänger der Unabhängigkeitsidee und ihren Schatten auf die letzten Freunde der Entente werfen wird. Die alte Legende wird zerrinnen; es entstehen harte Tatsachen, mit denen jeder denkende Pole rechnen wird. Entweder Unabhängigkeit an der Seite der Zentralmächte, oder Ententeorientierung, d. i. Knechtschaft bei Russland. Und

je reeller, je rascher diese Unabhängigkeit verwirklicht wird, desto zerbrechlicher wird die Ententeorientierung sein. Jeder Fortschritt im faktischen Aufbau des polnischen Staates bedeutet einen Rückgang der Ententeeinflüsse. Endlich wird ihnen nur noch eine Idee bleiben, die in Polen einen Eindruck macht, das ist die Phrase von der Wiedervereinigung Polens, von der Ausdehnung des Königreichs Polen. Aber auch diese letztere Möglichkeit liegt in den Händen der Zentralmächte und wird nur von ihnen bestimmt werden. Ihre Richtung geht gegen den Osten, nach den alten, katholischen, sprachlich verwandten Gebieten der ehemaligen Republik. Dort ist unser Zukunftsland, dessen Grenzpfähle werden aber Polen von Russland auf ewige Zeiten trennen, denn auf diesem Gebiete gibt es zwischen Polen und Russland keine Aussöhnung; folglich auch nicht mit Russlands Freunden. F. Kreczowski.

Warum ging Polen zu Grunde?

(Schluss.)

Der Verfasser hat offenbar einmal läuten hören, dass die „Landnahme“ Ungarns durch ein finnischtürkisches Reitervolk erfolgte und glaubte sich berechtigt, gleich auch für das benachbarte Polen dasselbe annehmen zu dürfen; er hätte sich dabei auf den bekannten polnischen Vers berufen können: Ungar, Pole, zwei Bruderssöhne usw. Aber die Magyaren sind von Süden her Donauaufwärts gekommen — wie kamen nur die finnotürkischen Reiter nach Polen? Durch die russische Barriere? Nein, aus dem Süden, denn wiederum behauptet der Verfasser, dass die polnischen Monatsnamen ein wärmeres Klima verrieten — aber wie kam das finnotürkische Reitervolk zu polnischen Monatsnamen, die noch dazu im 15. Jahrhundert schwankten, für ein paar Monate ganz fehlen und somit ganz unbestimmt lauten, z. B. September heisst nach dem Blühen des Heidekrautes u. dgl.

Nachdem man somit, statt aller Geschichtsquellen und dergleichen banaler Sachen, den finnotatarischen Ursprung des polnischen Adels erwiesen hat, findet in völlig gleichwertiger Weise der Verfasser heraus, dass der polnische Bauer eigentlich Kelte ist, der „hier in der Weichselgegend sitzen geblieben sei und höchstens fremde Sprachen sich habe aufzwingen lassen". Beweis: eine Urkunde vom Jahre 1068, in der „die Namen der dem Kloster geschenkten Leibeigenen . . . geradezu an ossianische Namen erinnern". Hätte Verfasser eine Ahnung nur vom Polnischen, so hätte er sofort eingesehen, dass diese Namen nichts ossianisches, nur das unverfälschteste alte Polnisch darstellen. So rächt sich usw. Nebenbei eine Frage: wenn der polnische Adel finnotatarisch, der polnische Städter deutsch, der polnische Bauer keltisch ist, woher sind denn die Polen überhaupt gekommen? ist nicht etwa das Polentum nur eine Fiktion oder Mystikation? Ein Glück ist, dass dem Verfasser die einschlägige Literatur ganz unbekannt ist; hätte er z. B. Schachmatov's Arbeiten über keltische Ursiedelung an der Weichsel gelesen, so wären wir von diesem keltischen Grundstock „mit gelegentlichen mongolischen Massenüberflutungen" (S. 159) nicht mehr losgekommen.

Wir könnten bereits abbrechen, denn wenn das ethnographische Moment, aus dem der Verfasser „fast die ganze polnische Verfassungs- und Wirtschaftsgeschichte restlos erklärt", als nur in der lebhaften Phantasie des Verfassers nachweisbar erkannt ist, purzelt seine ganze Beweisführung zusammen, der wir ihre Grundlage einfach weggezogen haben. Aber wir wollen noch an ein paar Beispielen zeigen, dass wie die „Ethnographie" des Verfassers, so auch seine „Geschichte" beschaffen ist. Nachdem er nämlich glücklicher Weise den polnischen Adel seines Polentums entkleidet hat, beweist er weiter, dass die westliche Orientierung der Polen, ihre Zugehörigkeit zum Westen auch nur Fiktion ist. Asien beginnt an der preussischen Grenze; „nicht erst

Russland, bereits Polen ist kalter Orient" (S. 161). Beweis: Brandes „hat in seinem sonst sehr oberflächlichen Buch über Polen die richtige Beobachtung gemacht, die Polen seien ein ausgesprochen morgenländisches Volk, was sich vor allem auch in dem unbestimmt schweifenden und blumigen Charakter der Sprache zeige". So rächt sich usw.; denn denselben Charakter weist das dem Polnischen am nächsten verwandte Böhmische (das förmlich einem Polnisch des 15. Jahrhunderts gleicht) auf, daher müsste das Morgenland schon in Prag und Brünn beginnen.

Und nun wird der orientalische Einschlag im polnischen Wesen begründet. „Cleinow weise mit Recht daraufhin, dass in den ersten Jahrhunderten zwischen Russen und Polen absolut keine Antipathien, sondern freundliche Beziehungen bestehen, nicht der Russe, sondern der Deutsche und der Litauer (!!) ist damals der Erbfeind" (S. 202). Natürlich, so lange Russen und Polen beide gleichmässig heidnische Slaven waren, konnte es keine Gegensätze zwischen ihnen geben, aber es gab auch keine Beziehungen; beide Völker blieben trotz des engsten Zusammenwohnens so getrennt von einander, dass es keinerlei polnisch-russische Uebergangsdialekte gibt, während polnisch-böhmische existieren. Erst mit der Annahme des Christentums erfolgte die reinliche Trennung, die allerdings mit den Jahrhunderten immer schärfer werden musste, zumal als Altrussland byzantinischer zu werden begann, als Byzanz selbst es war; die polnische Kirche schuf dann der Papst, die russische der Tatarenchan und da prallten die Gegensätze schroff aufeinander. Aber der Verfasser verwechselt, um diesen Tatsachen zu entgehen, Polen mit Litauen absichtlich; spricht S. 160 von den lange vor den Westjuden aus dem Osten eingewanderten Karäern, von armenischen Kolonien in Lemberg, mohammedanischen Tatarendörfern usw., was ja alles nichts mit Polen zu tun hat, von dem doch noch während des ganzen 15. Jahrhunderts Litauen ein völlig getrenn-

tes Leben führte. Am merkwürdigsten geht es auf S. 183 zu. Es spricht Verfasser vom Jahre 1466 (Schluss des 13-jährigen Krieges zwischen Polen und dem Orden): „Es wird so dargestellt, als wäre jener Krieg, der weniger von den Polen als den noch gänzlich rohen, eben erst getauften Litauern ausging, aus dem Wunsche in der Ostseeküste Anschluss an das Meer zu gewinnen, entstanden. Von solchen Gedanken war der Litauerfürst und spätere Polenkönig Jagiełło sicher weit entfernt.“ Hier feiert die Ignoranz des Verfassers Triumphe. Denn nur 1410 griffen die „rohen“ Litauer ein und kämpfte „Jagiełło“; den ganzen 13-jährigen Krieg dagegen hat Polen allein mit dem Orden ausgefochten; die Litauer, damals den Polen wegen Podolien und Wolhynien spinnefeind, standen ganz abseits; übrigens haben sie sich auch 1410 nur durch die Fahnenflucht am Tage von Tannenberg—Grunwald ausgezeichnet (bis auf ihren Fürsten Witowt). Und so geht es weiter; S. 194 heisst es, „dass seit dem 16. Jahrhundert fast alle polnischen Monarchen kinderlos sterben, also die Notwendigkeit von Neuwahlen sich ergibt“. Mit nichten; das Entscheidende war, dass schon im 14. Jahrhundert die Piasten ausstarben, und der neue König, der Landesvater Ungarns und Polens Stiefvater, seine Wahl mit ausserordentlichen Privilegien an den Adel erkauft hat: auf diese Loys'ischen Privilegien stützte sich dann sieghaft der polnische Adel, der gleich wieder von den Töchtern des Loys und von dem litauischen Grossfürst Zugeständnisse erhalten musste; das 16. Jahrhundert hat nichts mehr daran zu ändern vermocht. S. 177 lesen wir: „übrigens war das Studium an Universitäten, die Advokatur, die Stellen der höheren Zollbeamten dem Adel vorbehalten“. Gerade die Landesuniversität, Krakau, blieb eine Bürgerschule (der Adel ging auf deutsche oder italienische Hochschulen), in allen Kapiteln konnten fünf Pfründen von graduierten Bürgerlichen besetzt werden, die Leuchten der polnischen Kirche noch im 16. Jahrhundert (Hosius, Kromer) waren bürgerlicher Abstammung.

So tritt uns an allen Ecken und Enden gröbste Ignoranz der einfachsten Tatsachen entgegen; statt Geschichte Anekdoten, die Verfasser mit Vorliebe dem Buche v. d. Bruggen's, Polens Auflösung, entnimmt. Diesen Mangel kann das Umherwerfen mit den neuesten volkswirtschaftlichen Schlagwörtern nicht ersetzen. Dabei verschweigt Verfasser, dass es ausserhalb Polens dem Bauer nicht besser ergangen ist; vergisst, dass wenn der Herr Recht über Leben und Tod des Bauern sich angemasst hatte, in Polen Todesurteile gar wenig bekannt sind (ausser den schlimmen Hexenverbrennungen, die ja in ein ganz anderes Kapitel gehören). Das eigentliche Ziel des Verfassers ist S. 206 bezeichnet: „Die Fortexistenz jenes atavistischen Ständestaates war unmöglich geworden", aber das wussten die Polen selbst und reformierten ihn daher — war etwa das ancien régime weniger wurmstichig? Aber Verfasser geht weiter: „Auf dieser schmalen Grundlage (der älteren Frohnhofswirtschaft und politischen Kirchturmsinteressen) liess sich kein modernes Staatswesen aufbauen, wenn man ihm auch die politisch vorgeschrittenste Konstitution aufpfropfte" — nur ist Verfasser dafür wieder jeden Beweis schuldig geblieben. Gerade die Konstitution vom 3. Mai 1791 bot die nötigen Garantien für Polens weitere, gedeihliche Entwicklung. Dass es nicht dazu gekommen ist, lag nicht an den Polen selbst. Zu Ausgang des 18. Jahrhunderts waren nicht nur in Polen, sondern ebenso gut in Frankreich, Oesterreich usw. gründliche Reformen das allernötigste; auch die Polen haben es nicht daran fehlen lassen; ihr grosses Unglück war nur ihre geographische Lage, zwischen drei Militärmächten; ihre grosse Schuld, dass sie nicht dieser Lage Rechnung getragen haben, dass sie nicht Festungen bauten noch Kanonen gossen, sondern sich auf die Eifersucht der Mächte und auf die eigene Friedensliebe verliessen; dass die Reform ihres Militärwesens zu spät kam, verhindert vorher durch die Umtriebe gerade dieser Mächte. Alles andere war ohne

weiteres gut zu machen, nur diese Lässigkeit nicht; sie allein hat dann auch Polens Untergang verschuldet — die „vielversprechenden Ansätze zu einer spontanen inneren Regeneration der herrschenden Klasse“, die der Verfasser leugnet, waren ohneweiteres vorhanden und das Manifest von Połaniec des Kościuszko hat noch etwas ganz anderes enthalten, als was Verfasser S. 206 angibt.

Bei dem Fehlschlagen der ganzen Konstruktion des Verfassers lohnt es sich nicht, mehr Einzelheiten weiter zu nennen, aber jede Seite fordert wesentliche Berichtigungen hervor, so S. 156 weisen „die Namen der polnischen Reichsbeamten auf germanisch-fränkischen Ursprung“, vgl. dagegen ihre einheimischen Namen: wojewoda, pan (castellanus) und żupan, starosta usw. S. 157: „Der Pole jener Zeit ist seinem Namen Feldmensch zuwider damals noch durchaus Wald- und Wassermensch, der Schwerpunkt der Wirtschaft liegt noch nicht im Ackerbau, vielleicht noch nicht einmal in der Viehzucht, sondern in der Okkupationswirtschaft . . Die Siedelungen leben vorwiegend von Jagd und Fischfang, deren Ueberschüsse an die Grundherrn abgeliefert werden.“ Alles unrichtig: gerade der waldfreie Lössboden ist am dichtesten seit jeher bewohnt und in der reichen und alten Abgabennomenklatur weist alles nur auf Ackerbau und Viehzucht hin, das poradlne, podworowe, vacca oder porcus usw. Jagd- und Fischfangabgaben fehlen, wohl aber hat der Bauer an fürstliche Jäger (falconarii, custodes der Biber u. dgl.) Naturallieferungen u. dgl. zu entrichten. Ich verzichte gern auf weiteres und halte alles aufrecht, was ich in dem ersten Artikel „Warum ging Polen zu Grunde“ ausgeführt habe.

A. Brückner.

Die deutschen Einheitsbestrebungen und die Polenfrage.

Die napoleonischen Kriege zu Beginn des vorigen Jahrhunderts erweckten die eingeschlafenen Einheits- und Unabhängigkeitsbestrebungen mehrerer Nationen in Europa. In Deutschland, in Italien und in Polen, wo nach der dritten Teilung die freiheitlichen Regungen erstarrt waren, traten sie an die Oberfläche und wurden zu einer bewegenden Kraft für eine Reihe geschichtlicher Prozesse im 19. Jahrhundert.

Die polnische Frage kreuzte sich selten und nur für kurze Zeit mit der Einigung Italiens, beide hatten gemeinsame Gegner in der Epoche der heiligen Alliance.

Der Hauptgegner Italiens infolge des Besitzes der Lombardei und Venetiens war nicht der Hauptgegner Polens, weil er von dem Gebiet der ehemaligen Republik einen viel kleineren Teil als Russland besass. Der polnische Aufstand von 1830--31 sowie von 1863 richtete sich ganz deutlich gegen Russland allein, suchte Berührung und Verständigung mit Oesterreich. Skrzynecki war gesonnen, die Führung des Aufstandes in die Hände des Erzherzogs Karl zu legen, um ihm schliesslich die Krone Polens zu übertragen. Das Losungswort des Aufstandes von 1863 war; ein unabhängiges Polen bildet die Sicherung Oesterreichs. In Wien erwog man, ob Oesterreich nicht in Italien entschädigt werden könnte im Falle der Abtretung Galiziens an ein von Russland befreites Polen. Die Einigung Italiens, als Triumph des Nationalitätenprinzips, erweckte die polnischen Hoffnungen, bildete einen der Faktoren der nationalen Auflebung in Polen, aus der der Aufstand von 1863 hervorgegangen ist.

Unsere Nation war eher geneigt, auf den Sieg der Grundsätze zu rechnen und idealen mehr als realen Faktoren zu vertrauen, also auf einen Zusammenstoss Russlands mit seinen Gegnern zu hoffen. Die italienische Frage, welche Frankreich und England in zwei geg-

nerische Lager stellte, übte eher einen ungünstigen Einfluss auf die polnische Frage, auf den historischen Gegensatz zwischen Polen und Russland.

Einen viel innigeren Zusammenhang findet man zwischen den deutschen Einheitsbestrebungen und der polnischen Frage. Preussen, der Hauptfaktor der Einigung Deutschlands. umfasste 1800 5296 Quadratmeilen mit einer Bevölkerung von 7 Millionen. davon bildet das an Polen in den drei Teilungen erworbene Territorium 2417 Quadratmeilen, oder 46% des Flächenraumes mit drei Millionen Einwohnern, oder 43% der Bevölkerung des ganzen Staates. Ein Staat mit gemischter Bevölkerung, mit einem viel zu grossen Prozentsatz fremdnationaler Untertanen wäre nicht imstande gewesen, Deutschland zu einen. Wäre Preussen in den Grenzen geblieben, die es zu Anfang des 19. Jahrhunderts hatte, es hätte Russland ähnlich werden müssen; auf das Verhältnis der Administrationsorgane zum Publikum hätte das Verhältnis dieser Organe zu dem unterworfenen Teil der Bevölkerung abgefärbt. Preussen hätte das, was seine Kraft ausmachte, die gute Verwaltung, verlieren müssen.

Die Niederlage Preussens im Jahre 1806, die teilweise Wiederherstellung Polens aus dem preussischen Anteil, aus dem das Herzogtum Warschau errichtet wurde, drängten Preussen in jene Bahn der wirtschaftlichen und administrativen Entwicklung, der zufolge es schliesslich an die Spitze des deutschen Reiches treten konnte.

Und alle Faktoren, die günstig auf die Einigungsbestrebungen Deutschlands einwirkten, wirkten auch günstig auf die Wiederherstellung Polens ein.

Die Solidarität dieser Prozesse tritt in der Epoche des Wiener Kongresses hervor.

Die Basis der Beschlüsse des Wiener Kongresses in der Frage der von Russland okkupierten Länder waren die österreichisch-preussisch-englischen Verträge von Reichenbach und Teplitz (Juni und Oktober 1813). Während sie das gemeinsame Ziel, Napoleon zu stützen, verfolgten, enthielten sie einen gewissen Gegensatz.

Der erstere sprach davon, Preussen seine wesentliche Kraft (force reale) wiederzugeben, nicht allein von der Wiederherstellung der Grenzen von 1806. Er erwähnte eine Entschädigung (equivalante) und verstand darunter Sachsen, das hinsichtlich der Bevölkerung den Verlusten Preussens von 1806 entsprach. Der Vertrag von Teplitz sprach von der Wiederherstellung Preussens zu einem Zustand, der dem von 1806 so nah als möglich käme und dachte an die Rückgabe der früheren polnischen Erwerbungen.

Der erstere hätte, indem er Sachsen an Preussen angliederte, den Prozess der Einigung Deutschlands durch das künftige Preussen beschleunigt, der letztere hätte Preussen die Durchführung seiner nationalen Aufgabe unmöglich gemacht, indem er es des Charakters eines Nationalstaates beraubte. Der ersteren Konception musste sich Oesterreich im Hinblick auf sein traditionelles Streben nach der Vorherrschaft im Deutschen Reiche wiedersetzen, die letztere widerstrebte den ehrgeizigen Plänen Alexanders I. Es kam eine vermittelnde Konception zustande. Preussen erhielt die Provinz Posen; ein Teil der Erwerbungen Preussens aus der dritten Teilung Polens verblieb in dem Länderkomplex, aus dem Kongress-Polen gebildet wurde.

In dem Zeitabschnitt von 1831 bis 1848 war die Einigungsfrage Deutschlands eng verbunden mit der Frage der politischen Freiheit der einzelnen Staaten des Reiches.

Die politische Rückständigkeit Preussens im Vergleich mit den kleineren konstitutionellen Staaten des Reiches war der Einigung, die nur durch einen starken deutschen Staat vollzogen werden konnte, hinderlich. Russland hemmte die politische Entwicklung Preussens. Schutzherr der Reaktion und Hauptgegner Polens war Zar Nikolaus I. Im antipolnischen und reaktionären Sinn intervenierte in Preussen ständig der dortige russische Gesandte bei Friedrich Wilhelm III; als im Juni 1840 Friedrich Wilhelm IV. den Thron bestieg, trat der rus-

sische Einfluss stärker hervor. Als die Provinzialstände einberufen wurden, ward Russland beunruhigt, dass der neue König seinem Lande eine Konstitution erteilen könnte. Als im Posener Provinzialantrag der Abgeordnete Raczyński eine Rede hielt, in der er betonte, dass der neue Herrscher und die neuen politischen Bedingungen die Hoffnungen Polens erwecken, protestierte der russische Gesandte Meirdorf gegen jede Konzession an die Polen.

Kurz darauf machte der russische Gesandte die preussische Regierung auf die Notwendigkeit aufmerksam, die Freiheit der Presse zu zähmen. Alle Nachrichten aus Russland, die der russischen Regierung nicht genehm waren, rufen einen Protest der russischen Gesandten hervor; die preussische Regierung zwang die Blätter, Berichtigungen zu bringen, und er legte der Presse Geldstrafen auf. Unter dem Druck Russlands wurde das Pressegesetz von 1842 erlassen. Friedrich Wilhelm IV. hielt es für angemessen, gewisse konstitutionelle Forderungen des preussischen Volkes zu befriedigen, aber aus Rücksicht auf Nikolaus I. schickte er zu Neujahr 1846 den General Rauch nach Petersburg, um vor dem Zaren die geplante Reform in einem Handschreiben zu rechtfertigen. Der König von Preussen betonte, dass er eine Konstitution nicht wolle und nicht zulassen werde, aber er müsse das von seinem Vater begonnene Gebäude vollenden, denn wenn es nicht ein geeignetes Dach erhalte, könne es auseinanderfallen. Nikolaus antwortete, er habe schon öfters „in seiner Eigenschaft als Bewahrer des heiligen Willens Eures Vaters“ und seiner guten Vorsätze sich bemüht, „Euch zu überzeugen, dass dieser Wille und diese Vorsätze Eurem Vorhaben vollständig widerspreche“. „Treu den von meinem Bruder, Eurem Vater überlieferten Grundsätzen, werde ich nimmer weichen und bis zum letzten Atemzug auf der Bresche kämpfen. Gott möge zwischen uns urteilen.“

Da ein geeintes Deutschland sich von dem Ein-

fluss Russlands emanzipiert hätte, und die politische Freiheit Preussens damit im engsten Zusammenhange stand, so war Russland der heftigste Gegner dieser Bestrebungen. Daher die Popularität der polnischen Sache in Deutschland.

Treitschke sagt, dass im Kreise der Polenfreunde der erste Keim der liberalen Opposition in Deutschland hervorgegangen ist; die hervorragendsten deutschen Gelehrten gehörten bekanntlich zu dieser Opposition.

Das Frankfurter Parlament, welches einen bedeutenden Schritt auf dem Wege zur Einigung Deutschlands bildete, berührte mehr als einmal die Polenfrage. Sehr charakteristisch waren die Reden Blums und anderer Repräsentanten der deutschen Einheitsbestrebungen in der polnischen Sache.

Die Einigung Deutschlands erforderte eine grosse Kraftanstrengung der deutschen Staaten.

Es hatte den Anschein, dass der Einigung Deutschlands ein Krieg gegen Russland vorausgehen müsse. In der Broschüre „Was nun?“ warf Lassalle die Frage auf, was zu geschehen hätte, wenn Russland der Einigung Deutschlands hindernd in den Weg treten würde:

Einen Aufstand in Polen hervorrufen und Russland den Krieg erklären, aus dem zwischen Russland und Deutschland ein Polenstaat hervorgehen würde. Das hätte zu geschehen. Preussens polnische Erwerbungen müssten, nach Lassalle, bei Preussen bleiben. Die Realität dieses Programms beweist der Umstand, dass wenige Jahre darauf der Polenaufstand ausbrach. Es haben also entsprechende politische Tendenzen existiert, die seine Hervorrufung ermöglichten.

Aber Deutschland hat seine Einigung nicht gegen Russland, sondern in Uebereinstimmung mit Russland vollzogen, welches durch seine Neutralität Preussen ermöglichte, Oesterreich 1866 und Frankreich 1871 zu schlagen.

Auf diese Lösung hatte die Polenfrage im allgemeinen und der Aufstand von 1863 im besonderen einen Einfluss.

Während Oesterreich, Frankreich und England Anfang 1863 Russland mit diplomatischen Noten bestürmten, schloss Preussen, dessen auswärtige Politik in Bismarcks Händen ruhte, mit Russland eine Militärkonvention gegen den polnischen Aufstand: die Februarkonvention, die das preussische Abgeordnetenhaus missbilligte. Die Bekanntgabe dieser Konvention sollte dartun, dass im Falle eines Koalitionskrieges gegen Russland Preussen entschlossen war, mit Russland zu gehen.

Das machte die Wahrscheinlichkeit eines Krieges geringer; das Gegenteil hätte den Krieg und die Möglichkeit eines Sieges wahrscheinlich gemacht.

(Schluss folgt.)

Wł. Studnicki.

Die Eröffnung des Polnischen Staatsrates.

Warschau, den 16. Januar 1917.

Der gestrige Tag brachte uns endlich die feierliche Einsetzung unserer höchsten, wenn auch provisorischen nationalen Behörde. Dies hätte schon vor einem Monat geschehen können; die Verhandlungen mit zwei oppositionellen Parteien wurden aber bis nach Neujahr geführt und schliesslich abgebrochen, da die Opposition für sich 11 Stimmen, also fast die Hälfte, in Anspruch nahm. Die Tatsache allein, dass die Opposition grundsätzlich der Mitarbeit im Staatsrat nicht abgeneigt war, beweist, dass bei uns gegenwärtig zumeist taktische Unterschiede bestehen, und es ist nicht ausgeschlossen, dass in den nächsten Wochen auch die heutige Opposition im Staatsrat vertreten sein wird.

Gestern war also der historische Tag, an dem die beiden Herren Generalgouverneure den Staatsrat einsetzten. Die Feierlichkeit war ernst und ergreifend. Die ganze Stadt und eine Menge Gäste, die wir seit Wochen beherbergten, waren sich dessen bewusst, dass

wir nun die Auferstehung Polens, seiner — nach 80 Jahren — ersten öffentlich-rechtlichen Vertretung feiern.

Die Ansprachen der Herren Generalgouverneure sind wohl durch die amtlichen Meldungen bekannt.

Heute erfolgte die Eröffnung des Staatsrats.

Hier — in aller Eile — eine Reihe von Momentbildern.

In der Kathedrale.

Bereits um 9 Uhr morgens begann sich die Kathedrale zu füllen. Ihr Hauptflügel wurde durch Vertretungen verschiedener Verbände, Parteien uud Berufe besetzt. Die Verbände, die Polnische Staatlichkeits-Liga voran, erschienen mit Fahnen.

Die Fülle der Geladenen hielt die Seitenflügel besetzt. Auf der linken Seite hatte man das Orchester des Grossen Theaters plaziert.

Vor 10 Uhr begannen die Staatsratsmitglieder vorzufahren und gruppierten sich alsdann inmitten des Presbiteriums, auf den für sie bestimmten Fauteuils. Hier fanden sich gleichfalls die Vertreter der Okkupationsregierungen vor und zwar: die Generalgouverneure von Beseler und Kuck mit ihrem Gefolge, sowie höhere Offiziere des polnischen Heeres mit dem Kommandanten Grafen Szeptycki an der Spitze.

Um 10 Uhr erschien vor dem Altar Prälat Przeździecki, ebenfalls Staatsratsmitglied, und hielt im Gefolge der gesamten Geistlichkeit der Kathedrale die feierliche Messe. Beim Verlesen des Evangeliums stimmte das Orchester die Nationalhymne „Boże coś Polskę“ an, worauf durch das in der Mitte gebildete Spalier die Staatsratsmitglieder heraustraten, Glückwünsche der anwesenden Delegierten entgegennehmend.

Als Vertreter der Hauptstadt nahm am Gottesdienst deren Präsident, Fürst Zdzisław Lubomirski, teil.

Beim Verlassen der Kathedrale wurden die Staatsratsmitglieder von den Volksmassen mit lauten Zurufen begrüsst.

Von der Kathedrale begaben sich die Staatsratsmitglieder, sei es zu Fuss durch die dichten Volksmassen, sei es in Equipagen, über den Schlossplatz, nach dem Krasiński-Platz. Ueberall erschollen ihnen zu Ehren laute Zurufe.

Zum Amtsgebäude des Staatsrates wurde der „Palast der Republik" bestimmt. Erbaut im Jahre 1682, wurde dieses Palais mehrfach umgebaut, und vom letzten Eigentümer, Grafen Krasiński, zum Sitz der höchsten polnischen Behörde dem Staate vermacht. Hier amtierte 1815—1830 der polnische Senat, nachher hatten es die Russen für die hier amtierenden Abteilungen des Senats und zuletzt des Gerichtshofes bestimmt.

Vor dem Palais formierte sich zum Empfang der Staatsratsmitglieder die Ehrenwache des polnischen Heeres, voran der Kommandant der polnischen Armee, Graf Szeptycki. Als die Staatsratsmitglieder sich vollzählig auf dem Platz versammelt hatten, näherte sich ihnen Graf Szeptycki, umringt von seinem Stab. Die Offiziere salutierten, das Militär präsentierte das Gewehr, das Legionenorchester spielte die Hymne „Jeszcze Polska nie zginęła" (Noch ist Polen nicht verloren).

Bei den Klängen der Hymne und in Gegenwart der Volksmassen, die entblössten Hauptes dastanden, sagte Graf Szeptycki kurz, soldatisch:

„Das polnische Militär erweist seine militärischen Ehren der rechtmässigen polnischen Regierung."

Hierauf hielten die Staatsratsmitglieder unter Ehrenwachenbegleitung und entblössten Hauptes durch die Reihen der Legionäre ihren Einzug in den Palast der Republik.

Hier warteten ihrer die Kommissäre der beiden Okkupationsregierungen und deren Vertreter. Bekanntlich bekleiden diese Posten im Namen der deutschen Regierung Kgl. Bayerischer Oberregierungsrat Graf Hugo Lerchenfeld-Kösering, Rittmeister der Reserve; als Stellvertreter: Kgl. Oberstleutnant der Landwehr I beim Generalgouvernement Graf Bogdan v. Hutten-Czap-

ski und Landschaftsrat Josef Żychlinski. — Oesterr.-ung. Regierungkommissar: Geheimer Rat Johann Freiherr v. Konopka; erster Stellvertreter: Hofrat Dr. Ignatz Rosner, zweiter Stellvertreter: Bezirkshauptmann Stefan Ritter von Iszkowski.

Die Staatratsmitglieder nahmen ihre Plätze an den in der Runde aufgestellten Tischen ein. Graf Lerchenfeld begrüsste sie mit einer längeren deutschen Ansprache, und verlas selber ihre Uebersetzung ins Polnische. Exzellenz Konopka hielt seine Rede nur in polnischer Sprache.

Die Wahl des Kronmarschalls.

Nach den von den Staatsratsmitgliedern abgegebenen Wahlzetteln wurde zum Kronmarschall mit 23 Stimmen Herr Wacław Niemojowski gewählt.

Der nunmehr gewählte Kronmarschall nahm seinen Sitz auf dem Präsidialsessel ein und hielt eine kurze Ansprache, die mit langanhaltendem Beifall erwidert wurde.

Sodann gab der Kronmarschall ein feierliches Gelöbnis ab, folgenden Wortlauts: „Indem ich die Würde eines Kronmarschalls des Provisorischen Staatsrates des Königreichs Polen übernehme, gelobe ich feierlich: Dem Vaterland und dem Polnischen Volke treu zu dienen.

Den Nutzen des polnischen Staates und sein öffentliches Wohl nach bestem Ermessen stets vor Augen zu haben.

Die Gesetzesvorschriften und die Staatsratsbeschlüsse strengstens zu wahren.

Die mir durch den Staatsdienst auferlegten Verpflichtungen eifrigst und gewissenhaft zu erfüllen.“

Alsdann ersuchte der Kronmarschall die Staatsratsmitglieder in seine Hände das gleiche Versprechen abzulegen und dies durch Handschlag zu bekräftigen.

Sämtliche Staatsratsmitglieder wandten sich der Reihe nach an den Kronmarschall, reichten ihm die Hand, gleichfalls sein Gelübde feierlichst wiederholend.

Es wurde zur Wahl des Vicemarschalls, des Sekretärs und seiner Vertreter geschritten.

Die Wahlen ergaben folgendes Resultat:

Zum Vicemarschall wurde Herr Józef Mikułowski-Pomorski mit 21 Stimmen gewählt; zum Staatsratssekretär mit 22 Stimmen Herr Artur Sliwiński, zu seinem Vertreter Herr Antoni Łuniewski.

Es trat eine Pause ein, in deren Verlauf, in der Vorhalle des Sitzungssaales, die Delegation der Liga der Polnischen Staatlichkeit, bestehend aus dem Präsidenten Dr. Rafał Radziwiłłowicz und den Ausschussmitgliedern Prof. Stanisław Garlicki und Dr. Ludwik Zieliński zu Händen des Kronmarschalls eine Adresse überreichte.

Dieselbe lautete:

„Euer Hochwohlgeboren! Herr Kronmarschall!

Die erste Sitzung des Staatsrates bleibt in der Geschichte unseres Landes ein ewig denkwürdiger Augenblick, der eine neue Epoche dieser Zeiten einleitet.

Wir begrüssen den Staatsrat als provisorische National-Regierung, die zur Restaurierung des Polnischen Reiches und zur Neuaufrichtung seiner Selbständigkeit in allen Zweigen des Nationallebens schreitet.

Mit Sehnsucht und Verlangen sehen wir dem Augenblick entgegen, der unseren Idealen und Zielen das Gewand der Wirklichkeit leihen wird. Dieser Augenblick ist nunmehr gekommen. Unserer Standarte treu, vereinigt durch die Sorge um den Bestand und die Stärke des Polnischen Staates und von staatsbürgerlichem Verantwortungsgefühl erfüllt, werden wir es als unsere erste Aufgabe erachten, in das Bewusstsein unseres Volkes Ehrerbietung und Gehorsam für unsere staatlichen Behörden einzuprägen.

Möge der Geist des erwachenden Polens das grosse Beginnen seiner einheimischen Regierung segnen.“

Die Adresse verlas Dr. Rafał Radziwiłłowicz. Der Kronmarschall antwortete in folgenden Worten:

„Im Namen des Staatsrates danke ich herzlich für

die Adresse und die in derselben zum Ausdruck gebrachten Gefühle. Wir glauben, der vollen Verantwortung dieses Augenblicks bewusst, dass wir den uns auferlegten Pflichten nachzukommen vermögen werden."

Polnische Kundgebungen.

I.

Das **Oberste Nationalkomitee** in Krakau sandte an den Staatsrat folgende Adresse:

Hoher Staatsrat! Im feierlichen Augenblick der Konstituierung des Staatsrates, als des Grundelements der Regierung des freien und unabhängigen Polnischen Staates, entbietet das Oberste Nationalkomitee dem Hohen Staatsrate und seinen Mitgliedern Ehrerbietung und Gruss.

Hoher Staatsrat! Wenn Du, schon konstituiert und in Deinem historischen Wirkungsbereich mit Vollmachten versehen, vor allen Dingen an die Organisierung der polnischen Armee, der sichersten Grundlage und dem vollständigsten Ausdruck der Polnischen Staatlichkeit, seiner Unabhängigkeit und seiner Stärke, herantreten wirst, so werden vor Deinen Augen die Scharen derjenigen erscheinen, die dem Aufruf der galizischen Landtagsfraktion gehorchend, im Beginn des Weltkrieges zu den Waffen gegriffen haben und mit jenem unerschütterlichen Glauben. dass sie der Unabhängigkeit des Vaterlandes den Weg bahnen und die Grundlege des Polnischen Heeres darstellen, in den Kampf gezogen sind.

Ihre Opfer, ihre Taten, ihre Geschichte voll unsterblichen Ruhmes sind Dir bekannt. Es sind dies die Legionen!

Wenn Du Deinen ersten Schritt zur Erfüllung der wichtigsten Notwendigkeit des Polnischen Staates, der sofortigen Aufstellung der polnischen Armee, tun wirst, so wirst Du — auf die Legionen stossen. Hoher Staatsrat! Sie stehen siegesgewohnt Gewehr bei Fuss! Sie stehen, die Brust erfüllt mit heiligem Feuer der Begeisterung und mit dem unerschütterlichen Glauben und warten auf Deinen Ruf, Hoher Staatsrat, um zum Grundstock der polnischen Armee zu werden. Zehn Vierteljahre hindurch bereiteten sie sich zu diesem hohen Amt vor, in Hunderten blutigster Schlachten, unter Leiden und unzähligen Enttäuschungen.

Das Schicksal hat es dem Obersten Nationalkomitee nicht beschieden, gemeinsam mit Dir, Hoher Staatsrat, über die Entwicklung der Polnischen Armee zu bestimmen. Bevor die formalen Erlasse der hierzu berufenen Faktoren erfolgen werden, hegt die ganze pol-

nische Gemeinschaft heute schon das allgemeine, brennende Verlangen: dass in Deine Hände, Hoher Staatsrat, übergehen soll dieser allergrösste Schatz von Glaube, Tapferkeit und Opfermut, den die Legionen darstellen. Allgemein herrscht die Ueberzeugung und die Hoffnung, dass Du, Hoher Staatsrat, die Legionen übernehmen wirst, als das kostbarste Deposit des ganzen Volkes. Die Legionen gehen unter den Schutz und die Fürsorge der in Dir entstehenden Regierung des Polnischen Staates über. Du wirst nicht ermüden in der unaufhörlichen Arbeit, bis aus diesem alleredelsten Samen die reiche Frucht aufgeht — die Polnische Armee.

Gott möge Deine Arbeit segnen!

Jaworski
Vice-Präsident des Obersten Nationalkomitees
Konstanty Srokowski
Sekretär des Obersten Nationalkomitees.

II.

Adresse des **Kommandos der Polnischen Legionen:**

Nr. 536 des Generalstabes. Im Namen der Infanterie-, Kavallerie- und der Artillerie-Regimenter der Formationen der Polnischen Legionen entbiete ich an dem heutigen historischen Tage dem Staatsrate des Königreichs Polen den Ausdruck der tiefsten Verehrung und die Versicherung des unbedingten Gehorsams. Wir alle erkennen in Euch diejenige rechtmässige Polnische Regierung, für deren Wiederkehr die Polnischen Legionen vor 30 Monaten zu den Waffen gegriffen haben und für deren Erhaltung sie auch weiterhin gerne bereit sind, ihr Leben zu opfern.

Szeptycki, Oberst.

Der Adresse sind die Adressen der einzelnen Regimenter und Brigaden als Anlagen beigefügt.

III.

Die **Polnische Sozialistische Partei** (P. P. S.) veröffentlicht eine Erklärung, aus der wir folgendes anführen:

„Polens arbeitende, klassen- und nationalbewusste Bevölkerung, verlangt nach tätiger Teilnahme an dem Aufbau des unabhängigen Polnischen Staates.

Sein Streben kommt in der Polnischen Sozialistischen Partei zum Ausdruck, die seit 25 Jahren unter der Standarte der Unabhängigkeit kämpft.

Indem die Polnische Sozialistische Partei dem Genossen Włodzimierz Kunowski Vollmacht erteilt, an dem provisorischen Staatsrate teilzunehmen, bringt sie damit zum Ausdruck, dass sie eine möglichst schnelle Verwirklichung des unabhängigen Polnischen Staates fordert und dass sie auf die Gestaltung dieses Staates im

Sinne der Interessen der Arbeiterklasse Einfluss auszuüben beabsichtigt".

IV.

Die Warschauer Tageblätter veröffentlichen folgenden Aufruf:

Im Augenblick einer Zeitenwende, als auf den Gebieten des Polnischen Staates noch der Kampf tobt und der Erbfeind noch nicht endgiltig besiegt ist, als von dem Masse seiner Niederlagen die Verschiebung der Grenzen Polens gegen Osten abhängig ist, — bedeutet die Aufstellung einer starken polnischen Armee eine Pflicht der gegenwärtigen Generation gegenüber den kommenden Generationen.

Die wichtigste nationale Pflicht ist jetzt der Ruf an die Polen, sich zum Heeresdienst zu stellen.

Wir sind überzeugt, dass der provisorische Staatsrat, als das erste Organ des polnischen Staates, diese Pflicht unverzüglich erfüllen wird.

In dem Glauben, dass nur eine Zwangsrekrutierung eine starke Armee geben kann, die im Frühling zum Kampfe bereit steht, fordern wir, dass der Provisorische Staatsrat in schnellster Zeit die von der russischen Zwangsherrschaft nicht ausgehobenen Jahrgänge zu den Fahnen beruft.

Der Provisorische Staat ist eine zur Zwangsrekrutierung berechtigte Behörde, denn **die Rettung des Staates ist höchstes Gesetz!**

Klub der Anhänger der Polnischen Staatlichkeit.
Nationaler Bauernbund.
Sektion Wola der Frauenliga der Polnischen Kriegsbereitschaft.
Redaktion der „Godzina Polski" in Warschau.
Redaktion der „Godzina Polski" in Łódź.
Redaktion des „Dziennik Polski" in Częstochowa.
Redaktion des „Goniec Kujawski" in Włocławek.
Redaktion des „Lud Polski" in Warschau.

Pressestimmen.

Polnische Presse.

Polen und die Entente.

Herr **Alfons Parczewski**, seit Beginn der „Verfassungsära" in Russland Vertreter der Stadt Kalisz in der Duma, gegenwärtig Dekan der juridischen Faktultät der Universität Warschau, veröffentlicht im Warschauer **„Głos Stolicy"** an Polens Freunde in den westlichen Reichen der Entente folgendes Schreiben:

Die Freunde Polens mögen jetzt und sollten ihre Aufmerksamkeit auf das wichtige prinzipielle Moment lenken, das im dritten

Jahre des Krieges in der polnischen Frage eingetreten ist. Die Proklamation vom 5. November hat der ganzen Welt die Wiederherstellung des polnischen Staates verkündet. Die Mittelmächte haben einen politischen Akt veröffentlicht, wie ihn seit mehr als 100 Jahren Polen von keiner der europäischen Mächte gehört hat. Wie dieses für unser Volk so wichtige Ereignis in uns freundlichen Kreisen im Westen aufgenommen wurde, ist uns nicht genau bekannt; aber dafür wissen wir aus den Veröffentlichungen der westeuropäischen Presse, wie die Antwort auf einen anderen politischen Schritt ganz allgemeiner Art lautete, nämlich auf das Friedensangebot der Mittelmächte. Aus den Zeitungen Westeuropas hören wir, das der Krieg erst dann beendet werden kann, wenn unter anderem die Russland geraubten Länder ihm zurückerstattet werden. Diese „geraubten" Länder sind aber gerade polnische Länder, diejenigen Länder, denen die Proklamation vom 5. November ein unabhängiges Staatsdasein verliehen hat. Wenn wir diese Antworten französischer und englischer Blätter mit dem zusammenstellen, was zu Anfang des Krieges im Westen Europas verbreitet wurde, dann enthüllt sich uns ganz klar die volle Scheinheiligkeit der Entente.

Als der Donner der Geschütze erschallte und zuerst die Blutströme flossen, erklärten die Westmächte feierlich, dass man unter anderen Kriegszielen für das Glück und die „Freiheit der kleinen Völker" kämpfe. Als kleines Volk zählen wir vom statistischen Standpunkt nicht; an Zahl überragen wir, und zwar mehrfach, die Bevölkerung sog. europäischer Kleinstaaten, die seit langem ihre Unabhängigkeit besitzen und sie nie verloren hatten, oder sie im Laufe des 19. Jahrhunderts errungen haben. Da wir aber keine staatliche Unabhängigkeit besitzen, können wir uns zu denjenigen Völkern zählen, denen zu Anfang des Krieges die Entente Freiheit versprach. Wir sind ja gerade das Volk, das auf den Schlag der Gerechtigkeitsuhr wartete. Und als die Stunde, die grosse, von uns mit Sehnsucht erwartete Stunde am 5. November zu schlagen begann, wurde in der Presse der westeuropäischen Mächte der Entente die Stimme laut, dass man die Waffen nicht niederlegen könne, ehe die polnischen Länder an Russland zurückgekehrt wären. Der Krieg soll also weitergeführt werden, Hunderttausende, ja vielleicht Millionen sollen auf den Schlachtfeldern verbluten, oder als unglückliche Invaliden nach Hause zurückkehren, die ganze Kultur und das Vermögen der Völker sollen in Ruinen zerfallen, alle Staaten sollen in den Abgrund von Schulden geraten, die auch die zukünftigen Generationen nicht werden decken können, die grosse Masse des arbeitenden Proletariats, nicht nur in den Kriegführenden, sondern auch in den neutralen Staaten soll die Last der ungeheuren Teuerung weiter tragen, all dies Unglück und Elend soll die Menschheit weiter bedrücken, nur damit Polen, dieses unglückliche, seit dem 18. Jahrhundert sich nach Unabhängigkeit sehnende Land seine Freiheit nicht erreicht und ge-

zwungen wird, unter das russische Joch zurückzukehren. So ist es, meine Herren, die Unterjochung Polens ist das Ziel des weiteren Krieges seitens der Entente. Das muss klar und offen ausgesprochen werden.

Wir Polen wollen keine Autonomie, die, wenn sie versprochen wäre, doch im Falle der Rückkehr der polnischen Länder an Russland, nicht gehalten würde. Selbst aber, wenn sie eingeführt worden wäre, so würde sofort mit ihrer Niederreissung und Aufhebung begonnen werden. Polen will, wie jedes Volk mit einer staatlichen Tradition, und noch dazu mit einer grossen Tradition eines durch viele Jahrhunderte bestehenden Staates, in dieser grossen geschichtlichen Umwälzung unbedingt seine Unabhängigkeit wiedererlangen. Die Proklamation der Mittelmächte vom 5. November ist eine Einleitung dazu. Ich bin weit davon entfernt, wem es auch sei, auch unseren besten Freunden nicht, einen Rat zu erteilen. Das nur mus mit allem Nachdruck betont werden, dass der Krieg, den jetzt die Entente weiterführt, ein solcher ist, dessen Ziel die Unterjochung Polens, die Niederringung der von den Mittelmächten inaugurierten Unabhängigkeit des polnischen Staates bildet. Alle Nachrichten, die uns aus Westeuropa zukommen. stehen im strikten Wiederspruch zur Parole der Freiheit der Völker, wie sie zu Anfang des Krieges ausgegeben wurde. Aus dieser ganzen Lage, sollten Freunde Polens, die wirklichen Freunde, nicht die scheinheiligen, die entsprechenden Konsequenzen ziehen.

NOTIZEN.

Politisches.

Die Tätigkeit des polnischen Staatsrats. Executive einer Militärkommission und einer Verfassungskommission.

Warschau, 18. Januar, (W. T. B.) In der gestrigen Sitzung des Staatsrates wurde ein Begrüssungstelegramm, das Exzellenz v. Biliński im Namen des Polenklubs zu Wien gesandt hatte, verlesen. Hierauf folgte die Verlesung einer Adresse der polnischen Militärorganisation, in der die Entwicklung der Armeefrage geschildert und auf die Verdienste des Kommandanten Pilsudski hingewiesen wird. Am Schlusse der Adresse heisst es: „Heute, wo der Anfang einer polnischen Regierung ins Leben tritt, hält es die polnische Militärorganisation für ihre Ehrenpflicht, dem provisorischen polnischen Staatsrate ihre Kräfte und ihr Blut zur Verfügung zu stellen“.

Nach Bekanntgabe weiterer Adressen und Glückwünsche wurde eine vorläufige Geschäftsordnung festgesetzt. In dem Vollstreckungsausschuss, dem Kraft Amtes Kronmarschall und Stellvertreter ange-

hören, wurden gewählt; Bukowiecki, Dzierzbicki, Janicki, Kunowski, Łempicki, Piłsudski und Graf Rostworowski. Zur beschleunigten Organisation der polnischen Armee wurde einstimmig die Bildung einer Militärkommission beschlossen, die aus dem Kronmarschall und sechs Mitgliedern besteht. Die Kommission soll sich mit den Besatzungsbehörden und dem Legionskommando verständigen und die Organisation einer Militärkommission des Staatsrates ausarbeiten. In die Kommission wurden gewählt: Dzierzbicki, Górski, Lempicki, Piłsudski, Prinz Radziwiłł, Graf Rostworowski. Ferner wurde die baldige Einberufung einer Kommission zur Ausarbeitung eines Entwurfes für die Landtagssatzung und die Verfassung des Königreiches, sowie die Schaffung einer Organisation zur Bearbeitung von Kultus- und Unterrichtsfragen beschlossen. Die Annahme sämtlicher Anträge erfolgte einstimmig.

Schwedisches Interesse am Geschick Polens. Der „Frankfurter Zeitung" und dem „Hamburger Fremdenblatt" wird aus Stockholm gemeldet: „Die hierher gemeldeten Nachrichten der Presse des besetzten Polens über ein demnächstiges Zusammentreten des polnischen Staatsrates finden in schwedischen politischen Kreisen, die sowohl aus Gründen geschichtlicher Ueberlieferung, wie in Hinsicht auf Finnland, an der Entwicklung der Polenfrage lebhaften Anteil nehmen, besondere Beachtung. Erst heute wieder bezeichnete der bekannte Militärschriftsteller Kapitän Liljedaal in „Aftonbladet" die Schleifung der Befestigung der Aalandsinseln und die Wiederaufrichtung des finnischen Staates als die beiden unzertrennlichen Forderungen, die Schweden beim Friedensschluss durch sein entschlossenes Auftreten geltend machen müsse. In demselben Masse, wie der Krieg dazu geführt habe, dass Deutschland ein freies Polen im Anschluss an den Westen als Pufferstaat wünsche, liege ein freies Finnland im Lebensinteresse Schwedens. Die heutige Nummer des „Stockholm Dagblad" bringt eine Zuschrift von hiesiger polnischer Seite, in der unter Hinweis auf die bisher vorliegenden russischen und russisch-polnischen Pressestimmen, der Tagesbefehl des Zaren vom 25. Dezember über die Kriegsziele als das Gegenteil einer Wendung der Stellung zur Polenfrage bezeichnet wird. Die Zuschrift erwähnt die „Nowoje Wremja", die die vom Zaren angekündigte Einigung Polens als das Maximum dessen erklärt, was die Polen immer so leidenschaftlich forderten und von jeher erträumten, und zitiert die kühne Behauptung der „Russkaja Wolja", dass der vom Zaren gebrauchte Ausdruck einer Autonomie nur eine Umschreibung der „freien Staatlichkeit" bedeute. Das Petersburger polnische Blatt „Kurjer Nowy" nennt diesen Optimismus vollkommen unbegründet. Es sei unerfindlich, worauf eine derartige willkürliche Auslegung sich stütze. Solange keine offizielle Erklärung zu der Kundgebung des Zaren vorliege, müsse man die früheren amtlichen Kommentare als gültig

betrachten, die, wie auch der am 14./17. Dezember erlassene Tagesbefehl an der Polenfront durch den kommandierenden General Ewert ausdrücklich betont, nur von einer kulturellen Autonomie in staatlicher Gemeinschaft mit Russland, aber mit keinem Wort von einem unabhängigen Staate Polen sprechen.

Die erste Eingabe an den Polnischen Staatsrat. Bei dem Polnischen Staatsrat ist die nachstehende Eingabe eingegangen:

„An den Hohen Provisorischen Staatsrat im Königreich Polen.

Die Endesunterzeichneten überreichen in der Anlage drei Exemplare der Statuten der „Polnischen Gesellschaft für Luftschiffahrt" und bitten, die erfolgte Begründung der obigen Gesellschaft gefälligst zur Kenntnis nehmen zu wollen.

Warschau, den 11 Januar 1917.

Gezeichnet; Zdzisław Fürst Lubomirski, Präsident der Haupt-Stadt Warschau, Dr. Józef Brudziński, Rektor der Universität und Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung, Ingenieur Stanisław Patschke, Rektor der Technischen Hochschule, Ingenieur Zygmunt Chmielewski, Bürgermeister der Hauptstadt Warschau, Brigadier Józew Piłsudski, Mitglied des Staatsrates, Oberst Graf Szeptycki, Kommandant der Polnischen Legionen, Ingenieur Michał Łempicki, Mitglied des Staatsrates, ehemaliger Abgeordneter der Russischen Duma, Franciszek Fürst Radziwiłł, Hauptmann der Städtischen Miliz, Mitglied des Staatsrates, Artur Sliwiński, Vice-Präsident der Stadtverordnetenversammlung, Mitglied des Staatsrates, Teodor Toeplitz, Magistratsschöffe der Hauptstadt Warschau und viele andere,

Eine polnische Kundgebung in Petersburg. Der in St. Petersburg erscheinende „Kurjer Nowy" veröffentlicht eine mit 300 Unterschriften versehene Erklärung seitens der in St. Petersburg wohnenden polnischen Arbeiter und Intellektuellen, die sich gegen den drei Mitglieder zählenden dortigen Polenklub und gegen die Reichsduma wendet, und die veranlasst wurde durch die Haltung derselben bei der Ungültigkeitserklärung des Dumamandates des Herrn Łempicki. In diesem Protest lesen wir: „Die in verschiedenen Fabriken arbeitenden polnischen Arbeiter und Vertreter der polnischen demokratischen Intelligenz erklären hiermit, dass die breiten Massen des Polnischen Volkes den Gesichtspunkt des Polenklubs nicht teilen; ferner danken sie den Abgeordneten Tschenkeli, Kereński und Januszkiewicz, für die den polnischen Unabhängigkeitsbestrebungen erteilte Unterstützung, schliesslich sprechen sie ihren Tadel für die Haltung der Duma aus.

Verwaltung.

Eine polnische Studienkommission in Deutschland. Eine Abordnung der Stadtverwaltung von Warschau, bestehend aus dem Bürgermeister

Chmielewski und den Ratsherren Lilpop, Toeplitz, denen sich auch die Herren Życki und Kernbaum angeschlossen haben, in Begleitung des Reichskommissars bei der Warschauer Stadtverwaltung von Dziembowski, ist in Berlin eingetroffen, um die Verfassung und die Verwaltung der Reichshauptstadt im einzelnen zu studieren. Die Abgesandten wurden vom Oberbürgermeister Wermuth empfangen und in längerer Unterredung in den Kreis der ihrem Studium unterliegenden Aufgaben eingeführt. Die Gäste besichtigten dann die sie besonders interessierenden Verwaltungsstellen, daneben aber auch die Kriegseinrichtungen der Stadt; so die Brotversorgung u. a. Auch in Charlottenburg haben die Delegierten ihre Studien fortgesetzt, und begeben sich nachher nach Köln.

Die Delegation ist mit dem Empfang in Deutschland und mit den Ergebnissen ihrer Studien ausserordentlich zufrieden.

Die Ortsnamen im Königreich Polen. Generalgouverneur von Beseler hat eine Verordnung erlassen betreffend die Aenderung von Benennungen der Ortschaften, Bezeichnungen der Strassen, Aufschriften, Plakate und Gemeindesiegel. Die Tendenz der Verordnung geht dahin, die Schreibweise der Benennungen, Aufschriften und Gemeindesiegel nach feststehenden Mustern mit polnischem Adler und polnischer Aufschrift zu vereinfachen. Es wird die Wiederbelebung altpolnischer historischer Benennungen empfohlen. — Strassen historischen Charakters erhalten in Warschau Tafeln aus granem, einheimischem Marmor mit schwarzer altpolnischer Schrift.

Das Budget der Stadt Warschau. Bei seiner letzten Sitzung beschloss der Warschauer Stadtrat das Budget der Stadt Warschau für das Jahr 1916 wie folgt: Die gewöhnlichen Einnahmen im Betrage von Rbl. 10,926,972 und die aussergewöhnlichen im Betrage von Rbl. 22,912,328 bei gewöhnlichen Ausgaben von Rbl. 22,963,482 und aussergewöhnlichen von Rbl. 28,564,370. Die rückgängigen Einnahmen und Ausgaben wurden mit Rbl. 1,309,507 berechnet. Demnach betrug das Defizit Rbl. 12,688,707.

Deutsche und polnische Amtssprache im Generalgouvernement Lublin. Im Generalgouvernementsbefehl vom 10. Januar wird verlautbart:

Für den Generalgouvernementsbereich wird allgemein verfügt, dass die Aufschriften auf den Gebäuden der k. u. k. Militärverwaltung sowie die Orientierungstafeln über die Diskolation der Bureaus und Aemter, die Aufschriften auf den Eingängen der einzelnen Aemter, Plakate usw., wo dies nicht bereits der Fall ist, ausser in deutscher Spracher auch in polnischer Sprache verfasst sein müssen. Die doppelsprachigen Aufschriften sind in gleich grossen Lettern, und zwar zuerst in deutscher und darunter in polnischer Sprache anzubringen.

Der Postverkehr in Polen. Im privaten Postverkehr des Generalgouvernements Warschau tritt für den Post- und Telegraphenverkehr von jetzt ab eine wesentliche Erleichterung ein, indem die polnische Sprache, ausser wie bisher auf Postkarten, auch in Briefen, Drucksachen, Geschäftspapieren zugelassen ist. Die Beschränkung, dass Privattelegramme nicht mehr als 15 Worte enthalten dürfen, wird demnächst für das Gebiet des Generalgouvernements aufgehoben.

Soziales.

Die Tagung der polnischen Militärärzte. Auf Veranlassung des polnischen Vereines für Sozialmedizin wird in Warschau am 1. und 2. Februar ds. J. eine Tagung der polnischen Militärärzte stattfinden.

Büchereinlauf.

Deutschland und Griechenland. Die hellenisch-germanische Kulturgemeinschaft, die Russenfrage und die Balkanpolitik. Halle, Verlag Otto Hendel. — J. Grabiec: Akt 5 listopada a sprawa polska. Warschau, Tow. wydawnicze. — E. Romer: Wojenna-politiczna mapa Polski. Lemberg, Książnica polska Tow. nauczycieli szkół wyższych. — J. Grabiec: Zapadnienie sejmu niepodległego Królestwa polskiego. Warschau, Tow. wydawnicze. — Das Schwarzbuch der Schandtaten unserer Feinde. Herausgegeben vom Kriegspolitischen Kultur-Ausschuss der deutsch-nordischen Richard Wagner-Gesellschaft für germanische Kunst und Kultur mit einem Vorwort von Freiherrn Marschall v. Biberstein. Berlin. Verlag Wilhelm Borngräber. — J. Grabiec: Syonizm niepodległościowy przeciw państwu polskiemu. Warschau. Tow. Wydawnicze. — Olav Sundström: Under Polens Örn. Stokholm. Albert Bonniers Förlag. — Charles de Coster: Eulenspiegel und Lamm Goedzak. Die fabelhafte Geschichte ihrer heldenmütigen, lustigen und ruhmlichen Abenteuer in Flandern u. anderen Orts. Mit Bildern von Felicien Ropis. Berlin, Wilhelm Borngraber, Verlag. — Verantwortung — zu fremden Zwang. Fünfte Folge der Vorarbeit. Verlag Freie Strasse. Berlin. — Hendrick Conscience: Der Löwe von Flandern. Ein historischer Roman aus Alt-Belgien. Berlin, Verlag Wilhelm Borngräber. — P. B. J: Odbudowanie państwa polskiego. Dokumenty chwili bieżącej Zesz. I. Kraków, Drukarnia Ludowa. — Die Vernichtung der englischen Weltmacht und des russischen Zarismus durch den Dreibund und den Islam. Herausgegeben von Kurt L, Walter van der Bleek. Berlin, Verlag Wilhelm Borngräber.

Herausgeber: W. Feldman, Charlottenburg.
Für die Redaktion verantwortlich: L. Maliszewski, Wilmersdorf.
Druck: Adler-Druckerei (F. Załachowski), Berlin-Ch. 2, Grolmanstr 42.

Pressestimmen über die „Polnischen Blätter".

Aachener Tageblatt, 26. XI. 1916.

Seit einem Jahre erscheint in Berlin unter diesem Titel eine von Polen herausgegebene deutsche Zeitschrift. Beseelt von der Idee einer deutsch-polnischen Aussöhnung auf Grund der Wahrung beiderseitiger Interessen, vertritt sie ihr Programm durch hervorragende deutsche und polnische Politiker und Schriftsteller. In jeder Nummer bringt sie ferner Informationen aus dem polnischen Leben. Heutzutage, da die polnische Frage ins letzte Stadium der Behandlung seitens der Zentralmächte getreten ist, gewinnen die „Polnischen Blätter" besondere Bedeutung.

Berliner Tageblatt, Nr. 508:

„Unter der bewährten Redaktion von W. Feldman erscheint seit dem 1. d M. im Verlage von Karl Curtius zu Berlin eine neue, den Bestrebungen der Polen gewidmete Rundschau unter dem Titel: „Polnische Blätter". Das erste nns vorliegende Heft enthält unter anderem sehr lesenswerte Beiträge.

Die Christliche Welt, Nr. 46.

Polnische Blätter. Es liegen uns die ersten 3 Hefte vor . . . . — Sehr unterrichtend. Hierzu die wichtige Schrift von Feldman oben im alphabetischen Verzeichnis.

Düsseldorfer Tageblatt, Nr. 553 vom 19. II:

Wer sich über Stimmungen und Strömungen, Hoffnungen und Befürchtungen im polnischen Lager unterrichten will, tut gut, die „Polnischen Blätter" zu beachten.

Germania, vom 8. X. 1915:

Der bekannte Vorkämpfer für die Lösung der polnischen Frage — Wilhelm Feldman — gibt im Verlag von Karl Curtius, Berlin, eine Rundschau unter dem Titel „Polnische Blätter" heraus, deren erstes Heft soeben erschienen ist Aus dem Inhalt erwähnen wir nur die sehr lesenswerten Beiträge usw. Die Zeitschrift wird zur Kenntnis polnischen Wesens in Deutschland beitragen.

Das Grössere Deutschland, Nr. 43:

Herr W. Feldmann, der als herausgeber zeichnet, ist den Lesern unserer Zeitschrift kein Fremder, sein Name bietet eine Gewähr dafür, dass die Zeitschrift im Sinne einer Verständigung zwischen Deutschland und Polen geleistet wird. In diesem Sinne sind auch die Artikel der ersten Nummer gehalten, insbesondere „Unsere Aufgaben" von Prof. v. Jaworski und „Zur deutsch-polnischen Verständigung" von K. v. Srokowski . . .

Kieler Zeitung, Nr. 307, 1916:

„Die Polnischen Blätter, die seit Kurzem in Berlin erscheinen, . . . vertreten die Wünsche, Ansprüche und Hoffnungen der Polen in dieser Entscheidungszeit."

Ostmärkische Kultur, 1916, Heft 1:

Wertvoll sind die Aufsätze, die die im Verlage von Karl Curtius, Berlin W. 35, herausgegebene Zeitschrift „Polnische Blatter" bringt.

Der Panther, Nr. XI. 1915:

Eine interessante Kriegsgründung sind die Polnischen Blätter. Sie bringen von polnischer wie von deutscher und österreichischer Seite interessante Beiträge und lassen alle Stimmen zur Geltung kommen, um die neugeschaffene polnische Frage zu klären.

Strassburger Post, 28. Dezbr. 1915:

Obwohl die Herausgeber offenbar Nationalpolen sind und das autonome Königreich anstreben — wohl im Anschluss an Oesterreich-Ungarn, — wird die Nationalitätenfrage mit möglichster Objektivität behandelt und auf ein gutes Verhältnis zwischen Polen und Deutschen hinzuarbeiten versucht. Wer an dem politischen und nationalen Problem der Polenfrage Interesse nimmt, wird aus diesen Polnischen Blättern Belehrung und wertvolle Aufschlüsse in mancher Hinsicht entnehmen können.

Der Tag, 30. Januar 1916:

Ueber Stimmungen und Strömungen im polnischen Lager unterrichten vortrefflich die „Polnichen Blätter". Die Grundrichtung der Zeitschrift ist die nationalpolnische, aber diese Richtung wird nicht einseitig und engherzig verfolgt, sondern der Herausgeber lässt auch gern wohlmeinende deutsche Stimmen zu Worte kommen und veranlasst sogar Aeusserungen von deutscher Seite.

Die Welt auf Reisen, Nr. 1. 1916:

„Das schwierigste, aber auch das spannendste Problem unserer Zeit, die Frage der Neugestaltung Polens, findet in dieser Zeitschrift eine lichtvolle, lebensprühende Behandlung. Die besten Kenner der Geschichte, der Verhälnisse Polens und seiner Volksseele scharen sich als Mitarbeiter um den Herausgeber".

Die Welt am Montag, 21. August 1916

„Es ist mit Dank zu begrüssen, dass die in Berlin seit fasst Jahresfrist erscheinende Zeitschrift „Poln. Bl." uns . . . einen Einblick in die Haltung eines bestimmten Teiles des Polentums eröffnet. Polen geben die Zeitschrift heraus, deutschfreundlich natürlich, jedoch Männer, denen in erster Linie die bestmögliche Zukunft ihrer eigenen Nation am Herzen liegt".